



Der Europaparlamentarier Dr. Markus Pieper über die Taxonomie-Pläne der EU und die Möglichkeiten moderner Atomtechnik

Woher soll die Energie kommen?

Kohle, Gas oder Wind? Kohle, Gas und Wind! In Groningen an der Emsmündung erzeugen Kraftwerke aus allen drei Energieträgern Strom.

Foto: Matthias Oesterle/dpa

Von Andreas Schnadwinkel

BRÜSSEL/LOTTE (WB). Die EU-Kommission will Energieerzeugung aus Atom und Gas in die sogenannte Taxonomie aufnehmen – eine Art Gütesiegel für Klima- und Umweltfreundlichkeit, an dem sich potenzielle Finanzinvestoren zukünftig orientieren können. Dr. Markus Pieper (CDU) aus Lott im Kreis Steinfurt ist Europaparlamentarier für das Münsterland und vertritt auch OWL bei der Europäischen Union (EU). Als Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ist er politischer Experte für das Thema.

Teile des linken Lagers in Frankreich. Eine klare politische Mehrheit ist für die Atomkraft. In Umfragen sprechen sich mehr als 60 Prozent der Franzosen dafür aus. Insofern ist die Einstufung der Kernkraft als nachhaltig ein wichtiges Signal. Natürlich hilft das einer amtierenden Regierung. Es geht hier ja auch nicht mehr um die alten Meiler, sondern um die Planungen für kleinere flexible Kraftwerke, die bei weitem nicht mehr das Risikopotenzial haben.



Dr. Markus Pieper (58) ist im Europaparlament auch für Energie zuständig. Foto: Schnadwinkel

Am 10. April beginnen in Frankreich die Präsidentschaftswahlen. Ist die Ankündigung der EU-Kommission, Atomkraft als nachhaltig zu labeln, auch ein Wahlkampfgeschenk an den amtierenden Präsidenten Emmanuel Macron, dessen Land zu 70 Prozent Strom aus Atomkraft verbraucht?

Markus Pieper: Kernkraft als CO₂-neutrale Zukunftsoption spaltet derzeit nur

Kommt Widerstand nur aus Deutschland, Österreich und Luxemburg, weil dort Grüne mitregieren?

Pieper: Luxemburgs Regierung spielt bei energiepolitischen Entscheidungen in Europa eine Nebenrolle. Österreichs Nein zu Atom hat Tradition, und in Deutschland herrscht seit Fukushima ja relativer politischer Konsens, was den Ausstieg aus der konventionellen Atomtechnologie betrifft. Mit den Grünen hat das mittelbar nichts zu tun. Im kleinen Finnland, das gerade seinen sechsten Reaktor plant, akzeptieren die bis jetzt mitregierenden Grünen Kernkraft sogar als Übergangstechnologie.

Halten Sie den Energiekurs der EU für richtig?

Pieper: Die EU-Einstufung als nachhaltig mit der sogenannten Taxonomie erleichtert die Finanzierung neuer Kraftwerks-Generationen – für Kernkraft mit Risikominimierung, für wasserstoffgeeignete Erdgaskraftwerke und natürlich für Anlagen der Erneuerbaren Energien. Ja, ich halte diese Einstufungen für rich-

tig, weil jedes Land seine besondere Energie-Historie hat und über die Energiewende selbst entscheiden können muss. Unser Maßstab sind dabei die Pariser Klimavorgaben – die müssen wir einhalten und dürfen nicht durch häufig besserwisserische Technologie-Grabenkämpfe wertvolle Zeit verlieren und steigenden Energiepreisen einfach nur zusehen.

Auch Investitionen in neue Gaskraftwerke sollen als nachhaltig eingestuft werden, weil sie während des Übergangs zu mehr erneuerbarer Energie die Versorgung sichern. Hat die Kommission da Recht?

Pieper: Ja, die EU-Vorgaben machen die deutsche Energiewende erst möglich, weil für eine Übergangszeit neue Gaskraftwerke finanzierbar werden, die dreckige Kohle und unerwünschte Kernkraft ersetzen und später mit Wasserstoff laufen. Das ist ein Beitrag zur Energiesicherheit. Das, was die EU-Kommission an CO₂-Grenzwerten für diese neuen Gaskraftwerke vorsieht, ist aber mit heutiger Tech-

nik nicht zu erreichen und wird der Energiewirtschaft noch einiges abverlangen, zumal diese Anlagen später auch mit Wasserstoff laufen sollen.

»Fast alles, was gestern und heute zu Recht gegen Atomkraft spricht, wird morgen kein Thema mehr sein.«

Das bedeutet aber auch, dass Deutschland auf mehr russisches Gas angewiesen ist. Ist mit dem Ukraine-Konflikt und steigender Erpressbarkeit die Pipeline Nord Stream 2 überhaupt noch realistisch?

Pieper: Vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts verstehe ich die Sorgen insbesondere Polens und der baltischen Staaten. Fakt ist aber auch, dass Russland langfristige Energieverträge einhält und über die Jamal-Pipeline und zusätzlich Turk-Stream weite Teile Ost-, Mittel- und Südosteuropas beliefert – nicht nur Deutschland. Die Ab-

hängigkeit ist also eine gegenseitige. Nord Stream allein entspricht dabei übrigens gerade einmal drei Prozent des europäischen Energieverbrauchs. Das sollte man nicht als Schicksalsprojekt überhöhen. Und scheidet die fertig gebaute Pipeline, ist Schadensersatz fällig. Mindestens sechs Milliarden Euro, die am Ende der deutsche Steuerzahler und letztlich auch die Energiekunden zu tragen haben. Können wir uns das leisten?

Gibt es auch in Deutschland eine Zukunft für Atomkraft?

Pieper: Wenn, was sich abzeichnet, flexible und kleine Kernkraftwerke viel sicherer sind und die Halbwertszeit des Abfalls nur noch ein Bruchteil der heutigen ist, werden diese europäischen Atom-Taxonomie-Vorgaben auch in Deutschland wieder ein Thema sein. Fast alles, was gestern und heute zu Recht gegen Atomkraft spricht, wird morgen kein Thema mehr sein. Das muss auch die deutsche Politik zur Kenntnis nehmen und neu bewerten.

Wenige Verstöße in Betrieben

DETMOLD (WB/peb). Die meisten Betriebe in OWL halten sich offenbar an die Einhaltung der Corona-Regeln. Das haben die Kontrollen der Bezirksregierung Detmold in den Unternehmen der Region ergeben. Die Einhaltung der 3G-Regeln bei Unternehmen in OWL werden von 53 Personen des Dezernates für Arbeitsschutz der Bezirksregierung kontrolliert. Im Fokus stehen die Zutrittsbeschränkung „3G am Arbeitsplatz“ und die dazugehörige Dokumentation, Kontaktreduktion im Betrieb inklusive Homeoffice, das Corona-Testangebot, Bereitstellung und Tragen von Masken sowie das Hygienekonzept. Seit dem 2. Dezember wurden 671 Betriebe überprüft. Im Ergebnis wurden nur wenige Mängel festgestellt. Vereinzelt waren Dokumentationen zum Hygienekonzept fehlerhaft, oder die Dokumentation der Kontrollen war zu beanstanden. Infolge der Verstöße waren fünf Bußgeldverfahren eingeleitet worden, wovon eins eingestellt ist und vier noch laufen.

Tarifabschluss gilt auch für Beamte

DÜSSELDORF (dpa). Nordrhein-Westfalen wird den Tarifabschluss für die Angestellten der Länder eins zu eins auf die Beamten und Richter übertragen. Das kündigte Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) am Mittwoch in Düsseldorf nach Gesprächen mit den Gewerkschaften an. Damit werden auch die Beamten und Richter in NRW bis zum 31. März 2022 eine steuer- und abgabenfreie Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1300 Euro erhalten. Zudem werden die Gehälter insgesamt zum 1. Dezember 2022 um 2,8 Prozent erhöht. Beamte im Gesundheitswesen bekommen ab 1. Januar höhere Zulagen.

Ein entsprechender Abschluss war Ende November für die Angestellten im öffentlichen Dienst der Länder erzielt worden. Die rasche, zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamten sei keine Selbstverständlichkeit, sagte Wüst. Sie sei ein Zeichen der großen Wertschätzung für den Einsatz der Beamten.

AUS BRIEFEN AN DIE REDAKTION

Staat vor Religion

Zum Kommentar „Enttäuschte Kirchen“ vom 20. Dezember:

Es geht nicht um die Austreibung Gottes aus der Welt. Glaubens- und Religionsfreiheit ist Menschenrecht. Der demokratische Staat garantiert den Kirchen, dass sie frei agieren können, soweit sie nicht die Freiheiten anderer gefährden. Niemand kann die Prägung unserer Kultur durch das Christliche ignorieren. Aber gab es nicht lange vor der christlich-abendländischen Imprägnierung, mit all ihren Inquisitionen und Barbareien, nicht auch schon die prägenden Philosophen? Wir leben in einem säkularen Verfassungsstaat, alle Bürger dürfen ihren Gott, auch ihre Götter haben, der Staat aber muss in einer modernen Grundrechts-Demokratie gottlos sein. Und auch der Gottesbezug in der Präambel unse-

res Grundgesetzes darf hier gerne gestrichen werden. Es geht darum, die Errungenschaften der Aufklärung zu verteidigen, damit Gott nicht in die Politik zurückkehrt. Der Staat vor der Religion, der Bürger vor dem Gläubigen. Claus Rochlitzer 33100 Paderborn

Menschenschutz

Zu „Aus fürs massenhafte Küken töten“ vom 30. Dezember: Das müssen wir fett unterstreichen: „Tabu werden Eingriffe ab dem 7. Tag des Bebrütens. Hintergrund ist, dass Embryos ab dann ein Schmerzempfinden haben.“ Aufgemerkt! Es geht um Hühnerküken! Wo bleibt der Menschenschutz für 100.000 Ungeborene Menschenkinder, die pro Jahr im Mutterleib getötet wurden und wohl wieder werden? Die Tötung ungeborener Menschenkinder ist zu verbieten, wenn die Tötung un-

geschlüpfter Hühnerküken verboten werden soll. Jürgen Otto 32257 Bünde

Ein Irrsinn

Zu „In Grohnde gehen die Lichter aus“ vom 29. Dezember:

Ja, in Grohnde gehen die Lichter aus – Folge einer in Deutschland seit Jahrzehnten von Ignoranz und Wunschvorstellungen bestimmten, völlig unrealistischen Energiepolitik, die nicht mal diesen Namen verdient. Seit 1985 liefert das AKW Grohnde 11 Milliarden Kilowattstunden Strom pro Jahr bei jedem Wetter – ohne jede CO₂-Emission. Zusammen mit den Kernkraftwerken Brokdorf und Gundremmingen wurden hierzulande am 31. Dezember 2021 etwa 4500 Megawatt Leistung vom Netz genommen, ohne dass dafür zuverlässiger Ersatz zur



Schicken Sie Leserbriefe bitte an die Adresse:

WESTFALEN-BLATT, Sudbrackstraße 14-18, 33611 Bielefeld
E-Mail: wb@westfalen-blatt.de

(Die E-Mail muss Ihren Namen und die vollständige Anschrift enthalten.)

Leserbriefe stellen keine redaktionellen Meinungsäußerungen dar; sie werden aus Zuschriften, die an das WESTFALEN-BLATT gerichtet sind, ausgewählt und geben die persönlichen Ansichten ihres Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

Verfügung stünde. Der Flatterstrom wetterabhängiger Windkraft- und Solaranlagen ist nun mal nicht grundlastfähig. Obendrein werden dann noch die ebenfalls zuverlässigen Strom liefernden Kohlekraftwerke abgeschaltet. Milliardensummen setzt man mit diesem sinnlosen Abbau unserer sicheren Stromversorgung ohne Not in den Sand, riskiert zudem einen großflächigen, gegebenenfalls länderübergreifenden Stromausfall, wie am 8. Januar 2021 beinahe passiert (den meisten Leuten allerdings ist das nicht bekannt). Ersatzweise kauft Deutschland, sofern eine Belieferung (wegen Eigenbedarfs) denn möglich ist, teuren Strom aus Kern- und Kohlekraftwerken, die im Ausland stehen – welch ein Irrsinn! So wertete denn auch das „Wall Street Journal“ im Februar 2019 diese Machenschaften auf Kosten der deutschen Verbraucher

als „dümmste Energiepolitik der Welt“. Dem ist nichts hinzuzufügen!

Philipp-Rainer Fäth
32312 Lübbecke

Ehrlichkeit tut not

Zur Diskussion über eine allgemeine Impfpflicht:

Es sei dringend daran erinnert, dass unser Rechtssystem keine Solidarität der Bürger untereinander kennt und auch der Staat dem Bürger keine Solidarität aufzwingen kann. Erzwungene Solidarität ist keine Solidarität. Das Bundesverfassungsgericht hat schon vor zehn Jahren erklärt, dass körperliche Unversehrtheit die „Ungehörtheit der Körpersphäre“, das „psychische Wohlbefinden“, die „körperliche Selbstbestimmung inklusive Selbstverletzung“ und die „Freiheit zur Krankheit“ umfasst. Dies führte damals zu einem Urteil, mit dem ein Gesetz des Bundestages für

nichtig erklärt wurde. Wenn dann Politiker den Eindruck erwecken, als ob eine zwangsweise Impfung aller mal so eben zu beschließen wäre, dann ist dies weit von der Realität entfernt. Auch 70.000 Neuinfektionen täglich würden bei 80 Millionen Einwohnern immer noch sehr weit von jeder verfassungsmäßigen Verhältnismäßigkeit entfernt sein, und dies ist auch Meinung des Staatsrechtlers Rupert Scholz. Ähnlich argumentiert auch der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Hans-Jürgen Papier. Ja, ich bin dreimal geimpft, werbe für die freiwillige Impfung und sehe, dass die Spaltung der Gesellschaft auch vor Familien und Freundschaften nicht halt macht. Moral ist besser in Kirchen aufgehoben. Sachlichkeit und Ehrlichkeit tun bitter not! Wolfgang Pöppel 33106 Paderborn